

Das GRÜNE in der Bürgerschaft

Aus dem Landtag vom 21. Februar 2013

Zur Übersicht und zu den Dokumenten: <http://gruenlink.de/g5d>

Wirtschaftsförderung an Kriterien „guter Arbeit“ koppeln

Kriterien „guter Arbeit“ sind: sozialversicherungspflichtige Beschäftigung mit tariflich abgesicherter Bezahlung, für eine Begrenzung von Leiharbeit, für eine hohe Ausbildungsquote und eine qualifizierte Ausbildung, für die Einhaltung der Vorgaben des Tariftreue- und Vergabegesetzes und des Bremischen Landesmindestlohngesetzes, für Arbeits- und Gesundheitsschutz, für eine gute Erwerbsbeteiligung von Frauen gerade auch in gewerblich-technischen Berufen, für die Integration Arbeit suchender Menschen in Erwerbsarbeit. Die Koppelung von Wirtschaftsförderung an diese Vorgaben ist Inhalt eines heute beschlossenen Antrags.



Frank Willmann, arbeitsmarktpolitischer Sprecher, ging auf die aktuelle Diskussion um die schlechtbezahlten Service-Kräfte beim Bremer Sechstagerrennen ein und beklagte, dass wegen der langfristigen Verträge mit den Sixdays die Hände gebunden seien. Den Kriterienkatalog ergänzte er noch um den Punkt „inklusive Arbeitsmarktstrategie“: Für die Grünen ist auch die Berücksichtigung unterschiedlicher Fähigkeiten, Stärken, Talente und Qualifikationen der Menschen von Bedeutung.

Eine Stadt – ein Tarif!

Wer von Bremen-Nord mit der Bahn zum Bremer Hauptbahnhof fährt, zahlt zurzeit 1 Euro 50 mehr, als jene, die von Mahndorf in die Innenstadt fahren – obwohl die Strecken annähernd gleich sind. Schuld an dieser Ungerechtigkeit ist die Aufteilung in zwei Tarifzonen: Bremen und Bremen-Nord. Die Bestrebungen, diesen Umstand zu ändern, sind schon sehr alt. Als erster Schritt werden ab 2013 die Zeitkarten für SchülerInnen vereinheitlicht. Um voranzukommen, wird mit einem heute beschlossenen Antrag der Senat aufgefordert, mit dem Verkehrsverbund Bremen-Niedersachsen (VBN) über eine Zusammenlegung der Tarifzonen zu verhandeln. Die Kosten dafür sollen durch Preisanpassungen im VBN ausgeglichen werden.



Der verkehrspolitische Sprecher Ralph Saxe erläuterte den Hintergrund: Nicht nur bei der Regio-S-Bahn gibt es zwei unterschiedliche Tarifzonen in Bremen. Auch im Bereich des Verkehrsverbunds Bremen/Niedersachsen (VBN) gibt es eine teure zweite Tarifzone für Bremen-Nord. Eine Tarifanpassungsreform ist überfällig, Ziel der rot-grünen Koalition ist eine einheitliche Tarifzone ab 2015. Die geschätzten Mehrkosten von etwa 2,3 Millionen Euro kann Bremen jedoch nicht allein finanzieren.

Was noch?

Auf einen grün-roten Antrag hin hatte der Senat den „Runden Tisch Hospiz- und Palliativversorgung“ einberufen. Der Senatsbericht dazu wurde heute diskutiert. Ein Ergebnis: Es soll geprüft werden, ob in Bremerhaven unter Einbeziehung des Umlands eine stationäre Hospizversorgung nötig ist und realisiert werden kann.



Fraktion
Bündnis 90/DIE GRÜNEN
in der
Bremischen Bürgerschaft

Schlachte 19/20 • 28195 Bremen

Tel.: 0421/3011-0
Fax: 3011-250

fraktion@gruene-bremen.de
www.gruene-fraktion-bremen.de

Liebe kennt keine Grenzen – familienfeindliche Regeln beim Ehegattennachzug abschaffen!

Der Nachzug von EhegattInnen aus dem Ausland nach Deutschland erfordert den Nachweis von Deutschkenntnissen schon vor der Einreise. Dies ist in der Praxis eine zu hohe Hürde und führt auch dazu, dass Kinder von Mutter oder Vater länger getrennt sind. Ein weiteres Hindernis ist die Vorschrift, dass der Lebensunterhalt gesichert sein muss. Das verstößt gegen das Grundgesetz. Mit einem Antrag wird der Senat aufgefordert, sich auf Bundesebene für die Abschaffung dieser Regelungen einzusetzen und zu prüfen, ob im Land Bremen Möglichkeiten bestehen, von der Spracherfordernis abzusehen.



Sicherlich ist das Erlernen der deutschen Sprache eine Voraussetzung für die Integration in Deutschland. Aber Sprachen werden einfacher dort gelernt, wo sie auch gesprochen werden, so Sülmez Dogan, justizpolitische Sprecherin. Sie beklagte, dass es seit der Einführung des Spracherfordernisses beim Ehegattennachzug 2007 zu Verzögerungen bei der Erteilung der Aufenthaltserlaubnis kommt, die sogar Jahre ausmachen können. So lange müssen die EhegattInnen voneinander getrennt leben und diverse Härten hinnehmen. Zur Trennung von Kindern und Eltern hat das Bundesverfassungsgericht mehrfach betont, dass besonders bei kleinen Kindern schon eine verhältnismäßig kurze Trennung von einem Elternteil nicht hinnehmbar ist, weil die Entwicklung des Kindes voranschreitet und entsprechend schnell auch eine Entfremdung der Kinder von den Eltern erfolgt.

Mietpreisspirale bremsen, soziale Spaltung verhindern

Derzeit ist besonders in den Großstädten eine enorme Steigerung der Mieten zu verzeichnen. Die nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch (BGB) zulässige Erhöhung von 20 Prozent alle drei Jahre wird immer öfter auch vollständig ausgeschöpft, bei Neuvermietungen gibt es teils kräftige Aufschläge. Ebenso schlagen die Kosten für Sanierungen zu Buche, die mit zu hohem Anteil auf die MieterInnen abgewälzt werden. Die Fraktion der Grünen hat das Thema aufgegriffen: Ein Koalitionsantrag fordert den Senat unter anderem dazu auf, sich für eine Kappung der Mieterhöhungen im BGB auf 15 Prozent alle vier Jahre einzusetzen.



Die aktuell vom Bund beschlossene Änderung des Mietrechts enthält nur eine Verbesserung zugunsten der MieterInnen: Die alle drei Jahre zulässige Erhöhung der Miete wird auf 15 Prozent gesenkt. Die sozialpolitische Sprecherin Susanne Wendland sieht besonders durch unbegrenzte Mietsteigerung bei Neuvermietungen die Gefahr der sozialen Spaltung in den Städten: Besonders stark ist dies in Wohngebieten mit hoher Fluktuation zu spüren, z. B. dort, wo viele Studierende und BerufseinsteigerInnen leben. Darum muss endlich eine gesetzliche Höchstgrenze von Mieten bei Neuvermietungen eingezogen werden. So entstehen Quartiere, in denen überwiegend Menschen mit höherem Einkommen leben, wie in Schwachhausen, im Viertel und zunehmend in Findorff. Das führt umgekehrt dazu, dass sich einkommensärmere Haushalte woanders bündeln, wo sich dann soziale Problemlagen wie Arbeitslosigkeit konzentrieren. Die Grünen wollen eine sozial gut gemischte Stadt und der Gefahr einer drohenden Segregation frühzeitig entgegenwirken.



Fraktion
Bündnis 90/DIE GRÜNEN
in der
Bremischen Bürgerschaft

Schlachte 19/20 • 28195 Bremen

Tel.: 0421/3011-0
Fax: 3011-250

fraktion@gruene-bremen.de
www.gruene-fraktion-bremen.de



**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**

in der Bremischen Bürgerschaft

Ausbildungsverbände? Mehr davon!

Gerade kleine Betriebe haben oft das Problem, zwar ausbilden zu wollen, aber nicht alle Inhalte einer vollwertigen Ausbildung vermitteln zu können. Ausbildungsverbände können den Einstieg in die berufliche Ausbildung erleichtern, etwa in Unternehmen mit neuartigen Qualifikationsprofilen wie in der Kreativ- und Energiewirtschaft. Ein heute beschlossener Antrag zielt darauf ab, die bestehenden Ausbildungspartnerschaften auszuwerten und die Möglichkeiten für neue Verbände auszuloten.



Ausbildungspartnerschaften, Verbundausbildung, Lernortkooperation, Ausbildungsnetzwerke – Ralph Saxe, wirtschaftspolitischer Sprecher der grünen Fraktion, nannte die Begriffe, um die es in dem Antrag geht und listete die

Vorteile auf. Verbundausbildung mag nicht für jeden Auszubildenden die richtige Lösung sein. Sie ermöglicht aber das Kennenlernen eines breiten Spektrums beruflicher Ausbildung. Sie fördert eine breit angelegte Qualifikation und ermöglicht mehr Mobilität und Flexibilität. Betriebe werden an der Ausbildung interessiert, die ansonsten eher ausbildungsfern, aber eigentlich bestens ausbildungsgerecht sind. Die im Verbund Ausgebildeten sind offener für Eigeninitiative, Existenzgründung und neue Ideen. Ralph Saxe erhofft sich davon auch, die Zahl derjenigen zu verringern, die ihre Ausbildung abbrechen.



Fraktion
Bündnis 90/DIE GRÜNEN
in der
Bremischen Bürgerschaft

Schlachte 19/20 • 28195 Bremen

Tel.: 0421/3011-0
Fax: 3011-250

fraktion@gruene-bremen.de
www.gruene-fraktion-bremen.de